



Beschluss zu BSG 15/15-H S

In dem Verfahren BSG 15/15-H S

— Antragsteller —

gegen

Landesverband Rheinland-Pfalz der Piratenpartei, —

— Antragsgegner —

wegen Verfahrensverweisung des Verfahrens mit dem Az. LSG RLP 2015-03-05 an ein anderes Landesschiedsgericht

hat das Bundesschiedsgericht in der Sitzung am 19.03.2015 durch die Richter Markus Gerstel, Claudia Schmidt, Florian Zumkeller-Quast, Georg von Boroviczeny und Harald Kibbat entschieden:

Das Verfahren mit dem Az. LSG RLP 2015-03-05 wird zur weiteren Verhandlung an das Landesschiedsgericht Sachsen-Anhalt verwiesen.

I. Sachverhalt

Am 05.03.2015 beantragte der Antragsteller am Landesschiedsgericht Rheinland-Pfalz eine einstweilige Anordnung. Das Landesschiedsgericht Rheinland-Pfalz ist seit dem 23.02.2015 mit nur noch zwei Richtern besetzt, und damit nach § 4 Abs. 4 Satz 1 SGO handlungsunfähig.

Das Landesschiedsgericht zeigte diesen Sachverhalt am 06.03.2015 dem Bundesschiedsgericht an, und reichte die Verfahrensakte am 11.03.2015 nach. Eine Mitgliedschaftsabfrage des Bundesschiedsgerichts beim Landesvorstand Rheinland-Pfalz bestätigte am 13.03.2015 die Handlungsunfähigkeit des Landesschiedsgerichts Rheinland-Pfalz.

II. Entscheidungsgründe

Dem Bundesschiedsgericht ist nach § 6 Abs. 5 SGO aufgetragen das Verfahren an ein anderes Landesschiedsgericht zu verweisen, da das örtlich zuständige Landesschiedsgericht handlungsunfähig ist, § 6 Abs. 2 SGO.

Das Verfahren wird daher an das Landesschiedsgericht Sachsen-Anhalt verwiesen.